



MEHR FORTSCHRITT WAGEN

***BÜNDNIS FÜR
FREIHEIT, GERECHTIGKEIT
UND NACHHALTIGKEIT***

**Kapitel VII. — Außenpolitik im
KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP**

Mehr Fortschritt wagen

Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Inhaltsverzeichnis

I. Präambel.....	4
II. Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen.....	8
Moderner Staat und Demokratie	8
Digitale Innovationen und digitale Infrastruktur.....	15
Innovation, Wissenschaft, Hochschule und Forschung.....	19
III. Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft	24
Wirtschaft.....	25
Umwelt- und Naturschutz	36
Landwirtschaft und Ernährung.....	43
Mobilität.....	48
Klima, Energie, Transformation.....	54
IV. Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt	65
Arbeit.....	66
Sozialstaat, Altersvorsorge, Grundsicherung	72
Pflege und Gesundheit	80
Bauen und Wohnen.....	88
V. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang.....	93
Bildung und Chancen für alle	94
Kinder, Jugend, Familien und Senioren.....	98
VI. Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie.....	103
Innere Sicherheit, Bürgerrechte, Justiz, Verbraucherschutz, Sport	103
Gleichstellung.....	114
Vielfalt	116
Kultur- und Medienpolitik	121
Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land.....	127
VII. Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt	130
Europa	131
Integration, Migration, Flucht	137
Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Menschenrechte.....	143
VIII. Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen	158
IX. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen.....	173

1

2 **I. Präambel**

3

4 Das Ergebnis der Bundestagswahl verstehen unsere drei Parteien als Auftrag, eine gemeinsame
5 Regierungskoalition zu bilden.

6

7 Wir haben unterschiedliche Traditionen und Perspektiven, doch uns einen die Bereitschaft,
8 gemeinsam Verantwortung für die Zukunft Deutschlands zu übernehmen, das Ziel, die notwendige
9 Modernisierung voranzutreiben, das Bewusstsein, dass dieser Fortschritt auch mit einem
10 Sicherheitsversprechen einhergehen muss und die Zuversicht, dass dies gemeinsam gelingen kann. Wir
11 verpflichten uns, dem Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu dienen.

12

13 ***Was das Land herausfordert***

14

15 Wir übernehmen Verantwortung in einer Zeit, in der die Corona-Pandemie das Land weiter stark
16 belastet. Sie bedeutet für viele großes Leid, geht einher mit existenziellen Sorgen und verlangt allen
17 erhebliche Einschränkungen ab. Die Pandemie zu besiegen, ist in diesen Tagen unsere vordringlichste
18 Aufgabe, der wir uns mit voller Kraft widmen. Die notwendigen Schutzmaßnahmen umzusetzen und
19 einen umfassenden Impfschutz voranzutreiben, ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche
20 Aufgabe.

21

22 Die Welt ist am Beginn eines Jahrzehnts im Umbruch, deshalb können wir nicht im Stillstand verharren.
23 Die Klimakrise gefährdet unsere Lebensgrundlagen und bedroht Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.
24 Deutschland und Europa müssen angesichts eines verschärften globalen Wettbewerbs ihre
25 ökonomische Stärke neu begründen. Im internationalen Systemwettbewerb gilt es, unsere Werte
26 entschlossen mit demokratischen Partnern zu verteidigen. Zugleich verändert die Digitalisierung die
27 Art und Weise wie wir wirtschaften, arbeiten und miteinander kommunizieren. Unsere Gesellschaft
28 wird älter und diverser. Auch gilt es, gesellschaftliche Spannungen in Zeiten des schnellen Wandels zu
29 reduzieren und das Vertrauen in unsere Demokratie zu stärken.

30

31 Diese Herausforderungen sind immens, miteinander verwoben und in ihrer Gleichzeitigkeit
32 anspruchsvoll. Sie werden das Land und die Gesellschaft über lange Zeit prägen. Doch wenn wir diese
33 Umbrüche gestalten, liegen auch große Chancen darin. Aufgabe dieser Koalition ist es, die dafür
34 nötigen Neuerungen politisch anzuschieben und Orientierung zu geben. Damit wollen wir eine neue
35 Dynamik auslösen, die in die gesamte Gesellschaft hineinwirkt.

4371 Das Strukturstärkungsgesetz und das Bundesprogramm STARK passen wir an den beschleunigten
4372 Kohleausstieg an. Wir werden die im Strukturstärkungsgesetz vereinbarten
4373 Verkehrsinfrastrukturprojekte, insbesondere im Bereich Schieneninfrastruktur, wie geplant umsetzen.
4374 Für die Förderung von Neuansiedlungen von Unternehmen und das Wachstum von
4375 Bestandsunternehmen wollen wir alle Möglichkeiten des Strukturstärkungsgesetzes nutzen.

4376

4377 Wir verbessern die Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in
4378 allen Bereichen. Für die Ebene des Bundes legen wir bis Ende 2022 ein Konzept zur Umsetzung vor. Die
4379 Erfahrungen der Ostdeutschen im Wandel und die Bedingungen für gelingende Transformation sollen
4380 im neuen „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ für zukünftige
4381 Herausforderungen erforscht und besser vermittelt werden. Die Standortausschreibung soll Anfang
4382 2022 zügig auf den Weg gebracht werden.

4383

4384 Neue und zu erweiternde Bundes- und Forschungseinrichtungen siedeln wir bevorzugt in den
4385 ostdeutschen Bundesländern und strukturschwachen Regionen an, bis ein dem Bevölkerungsanteil
4386 entsprechender Stand erreicht ist. Die Bundesregierung wird zur Umsetzung bis spätestens Mitte 2022
4387 ein Konzept mit objektiven Kriterien vorlegen.

4388

4389

4390 **VII. Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt**

4391

4392 Die Umbrüche, vor denen Deutschland steht, lassen sich nicht allein national bewältigen. Wir handeln
4393 im europäischen Selbstverständnis, eingebettet in das historische Friedens- und Freiheitsprojekt der
4394 Europäischen Union (EU). Eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und strategisch souveräne
4395 EU ist die Grundlage für unseren Frieden und Wohlstand. Wir setzen uns für eine EU ein, die ihre Werte
4396 und ihre Rechtsstaatlichkeit nach innen wie außen schützt und entschlossen für sie eintritt. Wir werden
4397 eine Regierung bilden, die deutsche Interessen im Lichte europäischer Interessen definiert. Als größter
4398 Mitgliedstaat werden wir unsere besondere Verantwortung in einem dienenden Verständnis für die
4399 EU als Ganzes wahrnehmen.

4400

4401 In den vergangenen Jahren haben wir in vielen Ländern eine Abkehr vom Multilateralismus erlebt.
4402 Internationale Zusammenarbeit muss daher neu vorangetrieben werden. Wir wissen um die globale
4403 Verantwortung, die Deutschland als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt dafür trägt. Wir nehmen sie
4404 an und werden in unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik Partnerschaften vertiefen, neu

4405 begründen und unsere Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten verteidigen. Dafür
4406 suchen wir die enge Zusammenarbeit mit unseren demokratischen Partnern.

4407

4408

4409 **Europa**

4410

4411 Eine demokratisch gefestigtere, handlungsfähigere und strategisch souveränere Europäische Union ist
4412 die Grundlage für unseren Frieden, Wohlstand und Freiheit. In diesem Rahmen bewältigen wir die
4413 großen Herausforderungen unserer Zeit wie Klimawandel, Digitalisierung und Bewahrung der
4414 Demokratie. Eine solche EU bleibt einer multilateralen und regelbasierten Weltordnung verpflichtet
4415 und orientiert sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG).

4416

4417 Wir setzen uns ein für eine EU, die ihre Werte und ihre Rechtsstaatlichkeit nach innen wie außen
4418 schützt und entschlossen für sie eintritt. Als größter Mitgliedstaat werden wir unsere besondere
4419 Verantwortung in einem dienenden Verständnis für die EU als Ganzes wahrnehmen.

4420

4421 ***Zukunft der Europäischen Union***

4422 Die Konferenz zur Zukunft Europas nutzen wir für Reformen. Erforderliche Vertragsänderungen
4423 unterstützen wir. Die Konferenz sollte in einen verfassungsgebenden Konvent münden und zur
4424 Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat führen, der dezentral auch nach den
4425 Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit organisiert ist und die Grundrechtecharta zur
4426 Grundlage hat. Wir wollen das Europäische Parlament (EP) stärken, z. B. beim Initiativrecht;
4427 vorzugsweise in den Verträgen, andernfalls interinstitutionell. Wir werden der Gemeinschaftsmethode
4428 wieder Vorrang geben, aber wo nötig mit einzelnen Mitgliedstaaten vorangehen. Wir unterstützen ein
4429 einheitliches europäisches Wahlrecht mit teils transnationalen Listen und einem verbindlichen
4430 Spitzenkandidatensystem. Wenn bis zum Sommer 2022 kein neuer Direktwahlakt vorliegt, wird
4431 Deutschland dem Direktwahlakt aus 2018 auf Grundlage eines Regierungsentwurfes zustimmen.

4432

4433 Die Arbeit des Rates muss transparenter werden. Wir werden eine Initiative dafür ergreifen, dass
4434 Kommissionsvorschläge im Rahmen einer gesetzten Frist öffentlich im Rat debattiert werden. Wir
4435 werden Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat nutzen und ausweiten. Wir werden ein
4436 Verfahren festlegen, um die Information und Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages gemäß
4437 Art. 23 GG zu verbessern.

4438

4439 Die strategische Souveränität Europas wollen wir erhöhen. Dies bedeutet in erster Linie eigene
4440 Handlungsfähigkeit im globalen Kontext herzustellen und in wichtigen strategischen Bereichen, wie
4441 Energieversorgung, Gesundheit, Rohstoffimporte und digitale Technologie, weniger abhängig und
4442 verwundbar zu sein, ohne Europa abzuschotten. Wir werden kritische Technologie und Infrastruktur
4443 besser schützen, Standards und Beschaffung daran ausrichten und ein europäisches Open Source-
4444 5/6G-Konsortium initiieren. Europäische Unternehmen schützen wir besser gegen extraterritoriale
4445 Sanktionen.

4446

4447 Wir wollen Europa zu einem Kontinent des nachhaltigen Fortschritts machen und international
4448 vorangehen. Durch europäische Standards setzen wir Maßstäbe für globale Regelwerke.

4449

4450 ***Rechtsstaatlichkeit***

4451 Wir wollen die Werte, auf denen sich die EU in Art. 2 Vertrag über die Europäische Union (EUV)
4452 gründet, effektiv schützen. Wir fordern die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge auf, die
4453 bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und zeitnah zu nutzen und durchzusetzen, auch
4454 die Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), via Artikel 260 und 279 des Vertrages über die
4455 Arbeitsweise der Europäischen Union. Gleichzeitig werden wir im Rat die Anwendung der bestehenden
4456 Rechtsstaatsinstrumente (Rechtsstaatsdialog, Rechtsstaatscheck, Konditionalitätsmechanismus,
4457 Vertragsverletzungsverfahren, Empfehlungen und Feststellungen nach Artikel-7-Verfahren)
4458 konsequenter durchsetzen und weiterentwickeln. Wir werden den Vorschlägen der EU-Kommission zu
4459 den Plänen des Wiederaufbaufonds zustimmen, wenn Voraussetzungen wie eine unabhängige Justiz
4460 gesichert sind.

4461

4462 Wir unterstützen die EU-Kommission bei der Weiterentwicklung des Rechtsstaatsberichts durch
4463 länderspezifische Empfehlungen und wollen u. a. den Prozess mit unabhängiger Expertise weiter
4464 stärken. Wir setzen uns dafür ein und unterstützen, dass die EU-Kommission künftig auch Verfahren
4465 gegen systemische Vertragsverletzungen vorantreibt, indem sie einzelne Verfahren bei Verstößen
4466 gegen Rechtsstaatlichkeit gegen einen Mitgliedstaat bündelt. Wir wollen, dass die Rechte aus der EU-
4467 Grundrechtecharta vor dem EuGH künftig auch dann eingeklagt werden können, wenn ein
4468 Mitgliedstaat im Anwendungsbereich seines nationalen Rechts handelt. Um den EuGH zu stärken,
4469 sollte die Richterwahlzeit auf einmalig zwölf Jahre verlängert werden. Wir befähigen die liberalen
4470 Demokratien Europas dazu, Desinformation, Fake-News, Kampagnen, Propaganda sowie
4471 Manipulationen aus dem In- und Ausland besser abwehren zu können. Wir wollen das
4472 zivilgesellschaftliche Engagement durch die Stärkung gemeinnütziger Tätigkeit über Grenzen hinweg
4473 fördern. Wir wollen EU-Rechtsformen für Vereine und Stiftungen, die Äquivalenzprüfungen für

4474 Gemeinnützigkeit aus anderen Mitgliedstaaten vereinfachen und so grenzüberschreitende Spenden
4475 und Kooperationen EuGH-konform erleichtern.

4476

4477 **Wirtschafts- und Währungsunion, Fiskalpolitik**

4478 Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken und vertiefen. Der Stabilitäts- und
4479 Wachstumspakt (SWP) hat seine Flexibilität bewiesen. Auf seiner Grundlage wollen wir Wachstum
4480 sicherstellen, die Schuldentragfähigkeit erhalten und für nachhaltige und klimafreundliche
4481 Investitionen sorgen. Die Weiterentwicklung der fiskalpolitischen Regeln sollte sich an diesen Zielen
4482 orientieren, um ihre Effektivität angesichts der Herausforderungen der Zeit zu stärken. Der SWP sollte
4483 einfacher und transparenter werden, auch um seine Durchsetzung zu stärken.

4484

4485 Next Generation EU (NGEU) ist ein zeitlich und in der Höhe begrenztes Instrument und wir wollen, dass
4486 mit dem Wiederaufbauprogramm ein schneller und zukunftsgerichteter Aufschwung nach der Krise in
4487 ganz Europa gelingt. Das liegt auch im elementaren deutschen Interesse. Die im Rahmen NGEU
4488 verabredeten qualitativen Vorgaben und Reformmaßnahmen müssen eingehalten werden. Wir
4489 werden sicherstellen, dass die Rückzahlungen von NGEU nicht zu Kürzungen bei EU-Programmen und
4490 -Mitteln führen. Wir stehen zu den Erklärungen der EU-Institutionen vom 11. November 2020 und den
4491 Erklärungen und der Verordnung des Rats vom 14. Dezember 2020 und zu den Prinzipien und
4492 Vereinbarungen der Roadmap der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 22. Dezember 2020 und
4493 werden entsprechend die Vorschläge prüfen. Mittel für Zahlungen aus dem Jahreshaushalt wollen wir
4494 im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) flexibler gestalten und damit vor allem
4495 Programme für transnationale Infrastruktur, Forschung und Erasmus stärken.

4496

4497 Die etablierten Instrumente der Haushaltssicherung werden wir stärken (OLAF, EPPO, Europäischer
4498 Rechnungshof).

4499

4500 Preisstabilität ist elementar für den Wohlstand Europas. Die Sorgen der Menschen angesichts einer
4501 steigenden Inflation nehmen wir sehr ernst. Die EZB kann ihr Mandat, das vor allem dem Ziel der
4502 Preisstabilität verpflichtet ist, dann am besten ausüben, wenn die Haushaltspolitik in der EU und in den
4503 Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung nachkommt.

4504

4505 **Investitionen**

4506 Eine europäische digitale Infrastruktur, ein gemeinsames Eisenbahnnetz, eine Energieinfrastruktur für
4507 erneuerbaren Strom und Wasserstoff sowie Forschung und Entwicklung auf dem Niveau der
4508 Weltspitze sind Voraussetzungen für die europäische Handlungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

4509 im 21. Jahrhundert. Dafür werden wir die Initiative ergreifen und mit unseren europäischen Partnern
4510 eine Investitionsoffensive anstoßen, die sich auf transnationale Projekte mit einem Mehrwert für die
4511 EU als Ganzes fokussiert sowie dem Lückenschluss von Netzen eine besondere Bedeutung zumisst.
4512 Dabei soll sowohl öffentliches als auch privates Kapital eine Rolle spielen.

4513

4514 ***Soziales Europa***

4515 Wir wollen die Menschen darin unterstützen, die immensen Herausforderungen der bevorstehenden
4516 Transformation und den Wandel selbstbestimmt zu gestalten. Wir wollen EU-weit die soziale
4517 Aufwärtskonvergenz befördern, den Binnenmarkt vervollständigen, die Säule sozialer Rechte
4518 umsetzen und soziale Ungleichheiten bekämpfen. Hierzu werden wir auch die europäischen
4519 Koordinierungsprozesse wie das Europäische Semester, nutzen. Tarifautonomie, Tarifpartner und
4520 Tarifbindung sowie die sozialen Sicherungssysteme in der EU und den Mitgliedstaaten wollen wir
4521 vertragsgemäß stärken. Wir wollen demokratische Mitbestimmung auf europäischer Ebene und
4522 europäische Betriebsräte fördern und wirkungsvoll weiterentwickeln. Auch bei grenzüberschreitenden
4523 Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen von Gesellschaften müssen nationale
4524 Beteiligungsrechte respektiert und gesichert werden. Der Europäische Sozialfonds ist ein wichtiges
4525 Instrument, um soziale Inklusion zu fördern. Wo nötig, müssen bürokratische Hürden abgebaut
4526 werden. Wir wollen Kinderarmut bekämpfen und einen Schwerpunkt auf die Chancen und Teilhabe
4527 von Kindern und Jugendlichen legen.

4528

4529 Unser Ziel ist die Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern europaweit. Wir
4530 unterstützen als eine Maßnahme die EU-Richtlinie für Lohntransparenz. Eine ehrgeizige Ausgestaltung
4531 muss die Situation möglichst vieler Frauen erfassen, bürokratiearm und mittelstandskonform
4532 umgesetzt werden und ein nach Betriebsgrößen und Leistung gestaffeltes Berichtssystem vorsehen.
4533 Wir setzen uns für eine Ausgestaltung ein, die Deutschland nicht zur Einführung eines
4534 Verbandsklagerechts zwingt, sondern ermöglicht, dass wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die
4535 Durchsetzung ihrer individuellen Arbeitnehmerrechte durch Verbände im Wege der
4536 Prozessstandschaft ermöglichen.

4537

4538 ***Krisenfestes Europa***

4539 Wir setzen uns für einen starken EU-Katastrophenschutz, gemeinsame Beschaffung, Koordinierung der
4540 Produktion kritischer Güter sowie die Reduktion kritischer Importprodukte ein. Um die EU-
4541 Gesundheitsbehörden krisenfest zu machen, statten wir diese mit den erforderlichen Kompetenzen
4542 und Ressourcen aus. Die Potenziale des Europäischen Gesundheitsdatenraumes sollen bei Wahrung

4543 von Datenschutz und Patientensouveränität erschlossen und der Kampf gegen Antibiotikaresistenz
4544 verstärkt werden.

4545

4546 ***Europapolitische Koordinierung***

4547 Wir wollen eine aktive Europapolitik betreiben und haben einen konstruktiven Gestaltungsanspruch,
4548 zu dem auch gehört, uns durch eine stringentere Koordinierung eindeutig und frühzeitig zu Vorhaben
4549 der Europäische Kommission zu positionieren. Im nationalen Gesetzgebungsprozess wird wie bisher
4550 die Europakonformität geprüft, ebenso wie die Frage, ob geplante nationale Maßnahmen auf
4551 europäischer Ebene zielführender umgesetzt werden können. Europäische Vorhaben prüfen wir auf
4552 ihre Subsidiarität.

4553

4554 Wir werden europäisches Recht bürokratiearm und bürgernah umsetzen. Ebenso machen wir uns auf
4555 europäischer Ebene für mittelstandsfreundliche Lösungen stark (KMU-Test).

4556

4557 ***Europäische Außen- und Sicherheitspolitik***

4558 Das außenpolitische Engagement der EU ist dem Frieden, den internationalen Menschenrechten und
4559 der Konfliktvermeidung verpflichtet. Unser Ziel ist eine souveräne EU als starker Akteur in einer von
4560 Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt. Wir setzen uns für eine echte Gemeinsame
4561 Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa ein. Die EU muss international
4562 handlungsfähiger und einiger auftreten. Wir wollen deshalb die Einstimmigkeitsregel im EU-
4563 Ministerrat in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch Abstimmungen mit
4564 qualifizierter Mehrheit ersetzen und dafür mit unseren Partnern einen Mechanismus entwickeln, um
4565 auch die kleineren Mitgliedstaaten auf diesem Weg angemessen zu beteiligen. Den Europäischen
4566 Auswärtigen Dienst gilt es zu reformieren und zu stärken, einschließlich der Rolle der Hohen
4567 Vertreterin bzw. des Hohen Vertreters als echte „EU-Außenministerin“ bzw. echtem „EU-
4568 Außenminister“.

4569

4570 Wir stehen für einen umfassenden Sicherheitsbegriff. Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement
4571 werden wir in besonderer Weise stärken, u. a. mehr ziviles Personal entsenden. Dem European
4572 Institute of Peace werden wir beitreten und das Exzellenzzentrum für zivile GSVP-Missionen in die
4573 institutionelle Förderung überführen.

4574

4575 Wir werden die Arbeiten am „Strategischen Kompass“ konstruktiv mitgestalten, um Ziele und Mittel
4576 der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung ambitioniert als Teil des Integrierten Ansatzes
4577 auszugestalten. Wir treten für eine verstärkte Zusammenarbeit nationaler Armeen

4578 integrationsbereiter EU-Mitglieder ein, vor allem bei Ausbildung, Fähigkeiten, Einsätzen und
4579 Ausrüstung, so wie z. B. von Deutschland und Frankreich bereits geplant. Hierfür wollen wir
4580 gemeinsame Kommandostrukturen und ein gemeinsames zivil-militärisches Hauptquartier schaffen.
4581 Bei allen diesen Schritten muss die Interoperabilität und die Komplementarität mit
4582 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben. Zivile und militärische Missionen
4583 der EU betten wir stets in ein politisches Gesamtkonzept ein, das Konfliktursachen berücksichtigt, eine
4584 Exit-Strategie vorsieht und parlamentarisch kontrolliert wird. Bei der Zwischenevaluierung der
4585 Verordnung des Verteidigungsfonds soll das EP Mitsprache- und Kontrollrechte erhalten.

4586

4587 ***Europäische Partner***

4588 Uns leitet eine starke deutsch-französische Partnerschaft, die den Vertrag von Aachen und die
4589 Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung mit Leben füllt, z. B. durch einen neuen
4590 strategischen Dialog. Ferner treiben wir erweiterte Formate wie das Weimarer Dreieck mit konkreten
4591 Projekten voran. Deutschland und Polen verbindet eine tiefe Freundschaft. Wir stärken hier die Arbeit
4592 der zivilgesellschaftlichen Akteure (z. B. Deutsch-Polnisches Jugendwerk). Wir verbessern die
4593 Zusammenarbeit in Grenzräumen, z. B. durch Grenzscouts, Regionalräte und Experimentierklauseln.

4594

4595 Wir unterstützen den EU-Beitrittsprozess der sechs Staaten der Westbalkanregion und die hierfür
4596 notwendigen Reformen zur Erfüllung aller Kopenhagener Kriterien. In diesem Rahmen stärken wir die
4597 Zivilgesellschaft und unterstützen weitere Heranführungsschritte. Als Nächstes müssen die ersten EU-
4598 Beitrittskapitel mit Albanien und Nordmazedonien eröffnet, die Visaliberalisierung mit Kosovo
4599 beschlossen und die Verhandlungen mit Montenegro und Serbien fortgesetzt werden. Wir
4600 unterstützen den EU-geführten Normalisierungsdiallog zwischen Kosovo und Serbien und die
4601 Bemühungen um dauerhaften Frieden in Bosnien und Herzegowina, aufbauend auf der Wahrung der
4602 territorialen Integrität und der Überwindung ethnischer Spaltung. Parallel zu den
4603 Beitrittsverhandlungen muss die EU ihre Aufnahmefähigkeit verbessern.

4604

4605 Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen europäischen Politik gegenüber dem Vereinigten Königreich
4606 und streben in diesem Rahmen eine enge bilaterale Zusammenarbeit an. Wir bestehen auf die
4607 vollständige Einhaltung der beschlossenen Abkommen, insbesondere bezüglich des
4608 Nordirlandprotokolls und des Karfreitagsabkommens. Bei Nicht-Einhaltung der vereinbarten
4609 Standards und Verfahren setzen wir auf eine konsequente Anwendung aller vereinbarten Maßnahmen
4610 und Gegenmaßnahmen. Wir wollen unsere Anstrengungen in der Jugend-, Kultur- und Bildungspolitik
4611 in einem gemeinsamen europäischen Rahmen ausrichten, ggf. auch unter Einschluss der regionalen
4612 Ebenen.

4613

4614 ***Europäische Freizügigkeit***

4615 Die Freizügigkeit gehört zu den zentralen Errungenschaften der EU. Sie zu verteidigen und fair zu
4616 gestalten, ist uns wichtig. Die Integrität des Schengenraums wollen wir wiederherstellen und
4617 Ausnahmeregelungen restriktiver und nicht ohne Konsultationen unserer europäischen Partner
4618 nutzen. Bei zukünftigen Erweiterungen des Schengenraums wollen wir neben den bestehenden
4619 Sicherheitskriterien auch besonderes Augenmerk auf die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und
4620 humanitäre Standards legen. Wir wollen die Bildungsfreizügigkeit in der EU stärken. Wir brauchen
4621 einen Digitalisierungsschub zum Abbau von Bürokratie, zur einfachen Handhabung von Freizügigkeit,
4622 schnelleren Geltendmachung bestehender Ansprüche sowie zur Erleichterung des Kampfs gegen
4623 Betrug und Missbrauch. Daher unterstützen wir einen neuen Anlauf zur Einführung einer Europäischen
4624 Sozialversicherungsnummer, auch um die Geltendmachung bestehender Portabilitätsansprüche zu
4625 erleichtern.

4626

4627 In den Mitgliedstaaten haben sich insbesondere bei freien Berufen unterschiedliche Systeme von
4628 Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Diese Unterschiede gilt es
4629 bei Rechtsakten der EU zu berücksichtigen. Wir wollen eine Informationsplattform in allen EU-
4630 Sprachen zu Altersvorsorgesystemen, Sozialversicherungsansprüchen, Besteuerung und Portabilität
4631 sowie Informationen zum Arbeitsrecht in den Mitgliedstaaten. Wir wollen europaweit eine
4632 richtlinienkonforme Umsetzung der Entsenderichtlinie sowie deren einfache Handhabung und
4633 Durchsetzung zum Schutz entsandter Beschäftigter und effektive und effiziente Kontrollen, um gegen
4634 Missbrauch und Betrug vorgehen zu können. Dazu wollen wir eine bürokratiearme Umsetzung des
4635 deutschen Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, eine gute Ausstattung der Kontrollbehörden und breite
4636 Beratungsangebote für entsandte und mobile Beschäftigte. Bestimmte Dienstreisen wollen wir von
4637 der Notifizierungspflicht zur A1-Bescheinigung ausnehmen, wenn vor Ort keine Dienstleistungen
4638 erbracht oder Güter veräußert werden. Wir wollen die Europäische Arbeitsbehörde nutzen, um
4639 geltendes Recht durchzusetzen und Kontrollen besser zu koordinieren. Dazu braucht es ein klares
4640 Mandat, das Mitgliedstaaten zur Kooperation und gegenseitigen grenzüberschreitende Auskunft und
4641 Inspektionen anhält.

4642

4643

4644 **Integration, Migration, Flucht**

4645

4646 Wir wollen einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen
4647 Einwanderungsland gerecht wird. Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel: Mit einer aktiven und

4648 ordnenden Politik wollen wir Migration vorausschauend und realistisch gestalten. Wir werden
4649 irreguläre Migration reduzieren und reguläre Migration ermöglichen. Wir stehen zu unserer
4650 humanitären Verantwortung und den Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz, der Genfer
4651 Flüchtlingskonvention (GFK), der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem
4652 Europarecht ergeben, um Geflüchtete zu schützen und Fluchtursachen zu bekämpfen.

4653

4654 ***Aufenthalts- und Bleiberecht***

4655 Wir wollen die Visavergabe beschleunigen und verstärkt digitalisieren. Auch um transnationale
4656 Arbeitsmigration zu ermöglichen, wollen wir, dass Aufenthaltsgenehmigungen nicht bei
4657 vorübergehenden Auslandsaufenthalten erlöschen. Wir streben ein in sich stimmiges,
4658 widerspruchsfreies Einwanderungsrecht an, das anwenderfreundlich und systematisiert idealerweise
4659 in einem Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetzbuch zusammengefasst wird.

4660

4661 Wir werden das komplizierte System der Duldungstatbestände ordnen und neue Chancen für
4662 Menschen schaffen, die bereits ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind: Gut integrierte
4663 Jugendliche sollen nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und bis zum 27. Lebensjahr die
4664 Möglichkeit für ein Bleiberecht bekommen (§ 25a Aufenthaltsgesetz, AufenthG). Besondere
4665 Integrationsleistungen von Geduldeten würdigen wir, indem wir nach sechs bzw. vier Jahren bei
4666 Familien ein Bleiberecht eröffnen (§ 25b AufenthG).

4667

4668 Der bisherigen Praxis der Kettenduldungen setzen wir ein Chancen-Aufenthaltsrecht
4669 entgegen: Menschen, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, nicht straffällig
4670 geworden sind und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, sollen eine
4671 einjährige Aufenthaltserlaubnis auf Probe erhalten können, um in dieser Zeit die übrigen
4672 Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen (insbesondere Lebensunterhaltssicherung und
4673 Identitätsnachweis gemäß §§ 25 a und b AufenthG).

4674

4675 Wir wollen Geduldeten in der Ausbildung und ihren Betrieben mehr Rechtssicherheit durch eine
4676 Aufenthaltserlaubnis (§ 60 c AufenthG) verleihen. Die Beschäftigungsduldung wollen wir entfristen und
4677 Anforderungen realistisch und praxistauglicher fassen. Die „Duldung light“ schaffen wir ab. Tragen
4678 Geduldete nicht zur Klärung ihrer Identität bei, wird der Zeitraum der Duldung nicht für ein Bleiberecht
4679 angerechnet. Wir werden die Klärung der Identität einer Ausländerin oder eines Ausländers um die
4680 Möglichkeit, eine Versicherung an Eides statt abzugeben, erweitern und werden hierzu eine
4681 gesetzliche Regelung im Ausländerrecht schaffen.

4682

4683 Arbeitsverbote für bereits in Deutschland Lebende schaffen wir ab. Einem an sich bestehenden
4684 Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis steht ein laufendes Asylverfahren nicht entgegen,
4685 sofern bei Einreise die Voraussetzungen für die Aufenthaltserlaubnis bereits vorlagen.

4686

4687 Wir wollen eine präzisere Regelung für Opfer häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt, die nur ein
4688 abgeleitetes Aufenthaltsrecht besitzen. Auch Opfer von Menschenhandel sollen ein Aufenthaltsrecht
4689 unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft erhalten.

4690

4691 **Integration**

4692 Für eine möglichst rasche Integration wollen wir für alle Menschen, die nach Deutschland kommen
4693 von Anfang an Integrationskurse anbieten. Die Kurse müssen passgenau und erreichbar sein. Die
4694 Bedingungen für Kursträger, Lehrende und Teilnehmende wollen wir verbessern. Kinder und
4695 Jugendliche sollen schnell Zugang zu Bildung bekommen. Deswegen wollen wir schulnahe Angebote
4696 kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland.

4697

4698 Wir wollen eine Verstärkung der Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der
4699 Länder und Kommunen und zudem die Unterstützung des Bundes in Form der Mittel, die für
4700 Integration verwendet werden, fortsetzen. Dabei wollen wir insbesondere rechtskreisübergreifende,
4701 vernetzte Kooperation in der kommunalen Integrationsarbeit (finanziell) stärken und
4702 weiterentwickeln. Wir schaffen ein Bundesprogramm zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe und
4703 Integration von Menschen aus (Süd)ost-Europa.

4704

4705 Die Migrationsberatung des Bundes (Jugendmigrationsdienste, Migrationsberatung für erwachsene
4706 Zuwanderinnen und Zuwanderer) und die Migrantenselbstorganisationen werden wir angemessen
4707 fördern. Für eine schnelle und nachhaltige Arbeitsmarktintegration werden wir die auf den
4708 Integrationskursen aufbauenden Berufssprachkurse stärker fördern und die Mittel verstärken.

4709

4710 Die Meldepflichten von Menschen ohne Papiere wollen wir überarbeiten, damit Kranke nicht davon
4711 abgehalten werden, sich behandeln zu lassen. Wir halten es für erforderlich, die psychosoziale Hilfe
4712 für geflüchtete Menschen zu verstärken.

4713

4714 **Asylverfahren**

4715 Asylverfahren müssen fair, zügig und rechtssicher ablaufen. Für schnellere Verfahren wollen wir das
4716 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entlasten. Deshalb wird die Widerrufsprüfung
4717 künftig wieder anlassbezogen erfolgen. Auch werden wir dafür sorgen, dass Verwaltungsgerichte

4718 durch qualitativ hochwertige Entscheidungen des BAMF entlastet werden. Wir wollen schnellere
4719 Entscheidungen in Asylprozessen sowie eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung und werden dazu
4720 zügig einen Gesetzentwurf vorlegen. Weiter führen wir eine flächendeckende, behördenunabhängige
4721 Asylverfahrensberatung ein, um mit informierten Antragstellerinnen und Antragstellern für eine
4722 Verfahrensbeschleunigung zu sorgen. Vulnerable Gruppen wollen wir von Anfang an identifizieren und
4723 besonders unterstützen.

4724

4725 Das Konzept der AnkER-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt.

4726

4727 Familienzusammenführung muss im Sinne der Integration und der Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft
4728 gestaltet werden. Wir werden die Familienzusammenführung zu subsidiär Geschützten mit den GFK-
4729 Flüchtlingen gleichstellen. Wir werden beim berechtigten Elternnachzug zu unbegleiteten
4730 Minderjährigen die minderjährigen Geschwister nicht zurücklassen. Zum Ehepartner oder zur
4731 Ehepartnerin nachziehende Personen können den erforderlichen Sprachnachweis auch erst
4732 unverzüglich nach ihrer Ankunft erbringen.

4733

4734 Wir werden das Asylbewerberleistungsgesetz im Lichte der Rechtsprechung des
4735 Bundesverfassungsgerichts weiterentwickeln. Wir wollen den Zugang für Asylbewerberinnen und
4736 Asylbewerber zur Gesundheitsversorgung unbürokratischer gestalten. Minderjährige Kinder sind von
4737 Leistungseinschränkungen bzw. -kürzungen auszunehmen.

4738

4739 Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um
4740 Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern.
4741 Der Bund wird die Länder bei Abschiebungen künftig stärker unterstützen. Wir werden unserer
4742 besonderen humanitären Verantwortung gerecht und Kinder und Jugendliche grundsätzlich nicht in
4743 Abschiebehaft nehmen. Die freiwillige Ausreise hat stets Vorrang. Die staatliche Rückkehrförderung
4744 für Menschen ohne Bleiberecht wollen wir finanziell besser ausstatten. Um freiwillige Ausreisen zu
4745 fördern, wollen wir staatliche und unabhängige Rückkehrberatung systematisieren und stärken. Wir
4746 streben an, dass die zuständige oberste Bundesbehörde für einzelne Herkunftsländer einen
4747 temporären nationalen Abschiebestopp erlassen kann.

4748

4749 Asylanträge aus Ländern mit geringen Anerkennungsquoten werden zur Verfahrensbeschleunigung
4750 priorisiert.

4751

4752

4753 ***Europäische und internationale Flüchtlingspolitik***

4754 Wir wollen neue praxistaugliche und partnerschaftliche Vereinbarungen mit wesentlichen
4755 Herkunftsländern unter Beachtung menschenrechtlicher Standards schließen. Diese Vereinbarungen
4756 sollen ein Gesamtkonzept umfassen wie z. B. den Ausbau von wirtschaftlicher Zusammenarbeit,
4757 Technologie-Transfer, Visa-Erleichterungen, Qualifizierungsmaßnahmen für den deutschen
4758 Arbeitsmarkt, Jobbörsen und die Zusammenarbeit bei der Rückkehr abgelehnter Asylsuchender. Der
4759 Abschluss möglicher Abkommen wird nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der
4760 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht. Zur Gestaltung solcher Migrationsabkommen setzt
4761 die Bundesregierung einen Sonderbevollmächtigten ein.

4762

4763 Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des Europäischen Asylsystems ein. Unser Ziel ist eine
4764 faire Verteilung von Verantwortung und Zuständigkeit bei der Aufnahme zwischen den EU-Staaten.
4765 Wir wollen bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren und bei der Integration in den
4766 EU-Staaten. Wir wollen irreguläre Migration wirksam reduzieren und Ursachen für die
4767 lebensgefährliche Flucht bekämpfen. Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den
4768 Außengrenzen beenden.

4769

4770 Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft
4771 werden. Die EU und Deutschland dürfen nicht erpressbar sein. Wir wollen verhindern, dass Menschen
4772 für geopolitische oder finanzielle Interessen instrumentalisiert werden. Deshalb setzen wir uns für
4773 rechtsstaatliche Migrationsabkommen mit Drittstaaten im Rahmen des Europa- und Völkerrechts ein.
4774 Wir werden hierfür prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus in Ausnahmefällen unter Achtung der
4775 GFK und EMRK in Drittstaaten möglich ist.

4776

4777 Auf dem Weg zu einem gemeinsamen funktionierenden EU-Asylsystem wollen wir mit einer Koalition
4778 der aufnahmebereiten Mitgliedstaaten vorangehen und aktiv dazu beitragen, dass andere EU-Staaten
4779 mehr Verantwortung übernehmen und EU-Recht einhalten. Die Aufnahmebereitschaft in Deutschland
4780 und der EU wollen wir stützen und fördern.

4781

4782 Wir wollen, dass Frontex auf Grundlage der Menschenrechte und des erteilten Mandats zu einer
4783 echten EU-Grenzschutzagentur weiterentwickelt wird. Das Ziel muss ein wirksamer und
4784 rechtsstaatlicher Außengrenzschutz sein, der transparent ist und parlamentarisch kontrolliert wird.
4785 Frontex soll sich im Rahmen des Mandats bei der Seenotrettung aktiv beteiligen.

4786

4787 Wir wollen Sekundärmigration in der EU reduzieren. Dazu wollen wir den Missbrauch der visafreien
4788 Reise verhindern und durch ein geordnetes Relocation-Programm dazu beitragen, dass
4789 Außengrenzstaaten die Bedingungen für Geflüchtete in ihren Ländern verbessern.

4790

4791 Es ist eine zivilisatorische und rechtliche Verpflichtung, Menschen nicht ertrinken zu lassen. Die zivile
4792 Seenotrettung darf nicht behindert werden. Wir streben eine staatlich koordinierte und europäisch
4793 getragene Seenotrettung im Mittelmeer an und wollen mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta-
4794 Mechanismus weiterentwickeln. Wir streben eine faire Verantwortungsteilung zwischen den
4795 Anrainerstaaten des Mittelmeers bei der Seenotrettung an und wollen sicherstellen, dass Menschen
4796 nach der Rettung an sichere Orte gebracht werden.

4797

4798 Wir wollen die Ursachen von Flucht angehen, damit Menschen in Sicherheit und Würde leben können.
4799 Wir werden zudem die ausbeuterischen Verhältnisse auf den Fluchtwegen und Schleuserkriminalität
4800 bekämpfen.

4801

4802 Besonders in der Verantwortung stehende Aufnahme- und Transitländer von Geflüchteten wollen wir
4803 dauerhaft unterstützen, um für die Menschen und die aufnehmenden Gemeinden nachhaltige
4804 Perspektiven zu schaffen. Wir werden unseren Beitrag zu einer verlässlichen Finanzierung humanitärer
4805 Organisationen leisten.

4806

4807 Wir werden die geordneten Verfahren des Resettlement anhand der vom UNHCR gemeldeten Bedarfe
4808 verstärken. Wir werden ein humanitäres Aufnahmeprogramm des Bundes in Anlehnung an die bisher
4809 im Zuge des Syrien-Krieges durchgeführten Programme verstetigen und diese jetzt für Afghanistan
4810 nutzen.

4811

4812 Wir werden unsere Verbündeten nicht zurücklassen. Wir wollen diejenigen besonders schützen, die
4813 der Bundesrepublik Deutschland im Ausland als Partner zur Seite standen und sich für Demokratie und
4814 gesellschaftliche Weiterentwicklung eingesetzt haben. Deswegen werden wir das Ortskräfteverfahren
4815 so reformieren, dass gefährdete Ortskräfte und ihre engsten Familienangehörigen durch
4816 unbürokratische Verfahren in Sicherheit kommen.

4817

4818 Wir werden humanitäre Visa für gefährdete Personen ermöglichen und dazu digitale
4819 Vergabeverfahren einführen.

4820

4821

4822 **Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Menschenrechte**

4823

4824 Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik werden wir wertebasiert und europäischer
4825 aufstellen. Die deutsche Außenpolitik soll aus einem Guss agieren und ressortübergreifend
4826 gemeinsame Strategien erarbeiten, um die Kohärenz unseres internationalen Handelns zu erhöhen.
4827 Gemeinsam mit unseren Partnern, auch aus der Zivilgesellschaft, werden wir uns für die Bewahrung
4828 unserer freiheitlichen Lebensweise in Europa und den Schutz von Frieden und Menschenrechten
4829 weltweit einsetzen. Dabei leiten uns unsere Werte und Interessen.

4830

4831 Die strategische Souveränität Europas wollen wir erhöhen. Ziel ist eine multilaterale Kooperation in
4832 der Welt, insbesondere in enger Verbindung mit denjenigen Staaten, die unsere demokratischen
4833 Werte teilen. Dabei geht es auch um den Systemwettbewerb mit autoritär regierten Staaten und eine
4834 strategische Solidarität mit unseren demokratischen Partnern.

4835

4836 Die Menschenrechte als wichtigster Schutzschild der Würde des Einzelnen bilden dabei unseren
4837 Kompass. Das transatlantische Bündnis ist zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer
4838 Sicherheit. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen unentbehrlichen Beitrag zum Schutz
4839 unseres Landes, für Frieden und internationale Sicherheit.

4840

4841 Wir setzen uns für eine Wiederbelebung der internationalen Abrüstung und Rüstungskontrolle ein.
4842 Unsere Sicherheit und der Schutz unserer Lebensgrundlagen erfordern globale Zusammenarbeit, eine
4843 Stärkung der Vereinten Nationen sowie eine regelbasierte internationale Ordnung. Wir setzen uns
4844 insbesondere für eine gemeinsame, konsequente Klimaaußenpolitik und Klimagerechtigkeit im Sinne
4845 des European Green Deal, der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens ein.

4846

4847 Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit
4848 ist für uns ein unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik für
4849 Deutschland und Europa.

4850

4851 ***Multilateralismus***

4852 Wir setzen uns für die Stärkung der Vereinten Nationen (VN) als wichtigster Institution der
4853 internationalen Ordnung politisch, finanziell und personell ein. Eine Reform des VN-Sicherheitsrates
4854 bleibt ebenso unser Ziel wie eine gerechtere Repräsentanz aller Weltregionen. Wir unterstützen und
4855 stärken Initiativen wie die Allianz der Demokratien, die Allianz für den Multilateralismus entwickeln
4856 wir weiter. Wir setzen uns auch über unseren G7-Vorsitz für die Stärkung des Multilateralismus ein.

4857 Das Engagement für freien und fairen Handel ist Teil unserer internationalen Politik. Wir werden uns
4858 für den Schutz der Unabhängigkeit und autonomen Handlungsfähigkeit der
4859 Menschenrechtsinstitutionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
4860 einsetzen. Wir wollen die Institutionen und die Arbeitsfähigkeit des Europarates stärken und gegen
4861 alle Schwächungsversuche autoritärer Europaratsmitglieder verteidigen. Wir werden den deutschen
4862 Sitz der Vereinten Nationen in Bonn stärken.

4863

4864 Wir suchen aktiv den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Herausforderungen der
4865 internationalen Politik. Den Deutschen Bundestag unterrichten wir regelmäßig vor und nach wichtigen
4866 internationalen Gipfeln. Wir werden im ersten Jahr der neuen Bundesregierung eine umfassende
4867 Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen.

4868

4869 Wir wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei
4870 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert, so seine Diplomatie und
4871 seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Wir
4872 wollen die Ziele des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst erreichen.

4873

4874 Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer *Feminist Foreign Policy* Rechte,
4875 Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche
4876 Diversität fördern. Wir wollen mehr Frauen in internationale Führungspositionen entsenden, den
4877 Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 ambitioniert umsetzen und
4878 weiterentwickeln.

4879

4880 Deutschland betreibt eine aktive digitale Außenpolitik für ein globales, offenes Internet und eine
4881 konsistente EU-Digitalpolitik über Ressortgrenzen hinweg. Wir stärken unseren Einsatz in
4882 internationalen Gremien, Normen- und Standardisierungsprozessen sowie Multi-Stakeholder-Foren
4883 (z. B. IGF). Den Einsatz der globalen Zivilgesellschaft für digitale Bürgerrechte unterstützen wir. Wir
4884 wollen ein Völkerrecht des Netzes. In der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten wir mit unseren
4885 Partnern am Aufbau ihrer unabhängigen digitalen Infrastruktur zur Stärkung ihrer digitalen
4886 Souveränität, auch auf EU-Ebene. Wir verfolgen im digitalen Raum eine Politik der Abrüstung. Dazu
4887 gehören auch ein Stopp der Weitergabe von Überwachungstechnologien an repressive Regime sowie
4888 der Schutz ziviler Infrastruktur vor Cyberangriffen.

4889

4890 Die NATO bleibt unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit. Wir bekennen uns zur Stärkung des
4891 transatlantischen Bündnisses und zur fairen Lastenteilung. Wir bringen uns aktiv in den Prozess zur

4892 Entwicklung eines neuen Strategischen Konzepts ein, um die neuen Herausforderungen der NATO
4893 anzugehen. Die NATO-Fähigkeitsziele wollen wir in enger Abstimmung mit unseren Partnern erfüllen
4894 und entsprechend investieren. Wir setzen uns dafür ein, die politische Dimension der NATO zu stärken,
4895 auch um im Bündnis bestehende Spannungen zu adressieren. Solange Kernwaffen im Strategischen
4896 Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen
4897 Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Vor dem Hintergrund der fortbestehenden
4898 Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands und Europas nehmen wir die Sorgen insbesondere unserer
4899 mittel- und osteuropäischen Partnerstaaten ernst, bekennen uns zur Aufrechterhaltung eines
4900 glaubwürdigen Abschreckungspotenzials und wollen die Dialoganstrengungen der Allianz fortsetzen.
4901 Wir unterstützen die Bemühungen des Bündnisses zu konventioneller und nuklearer Abrüstung sowie
4902 Rüstungskontrolle. Wir werden den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und uns für eine
4903 intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen.

4904

4905 ***Abrüstung, Rüstungskontrolle, Rüstungsexporte***

4906 Wir brauchen eine abrüstungspolitische Offensive und wollen eine führende Rolle bei der Stärkung
4907 internationaler Abrüstungsinitiativen und Nichtverbreitungsregimes einnehmen, u. a. bei der
4908 Stockholm-Initiative für Nukleare Abrüstung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass von der
4909 Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) 2022 ein wirklicher Impuls für die
4910 nukleare Abrüstung ausgeht. Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt (*Global Zero*) und damit
4911 einhergehend ein Deutschland frei von Atomwaffen. Wir setzen uns mit Nachdruck für ein
4912 Nachfolgeabkommen zu NewSTART ein, das neben neuen strategischen Nuklearwaffensystemen auch
4913 solche kurzer und mittlerer Reichweite umfasst. Wir setzen uns für Verhandlungen zwischen den USA
4914 und Russland zur vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich ein. Nuklearwaffenstaaten wie
4915 China wollen wir stärker in nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle einbinden.

4916

4917 Im Lichte der Ergebnisse der Überprüfungskonferenz des NVV und in enger Absprache mit unseren
4918 Alliierten werden wir als Beobachter (nicht als Mitglied) bei der Vertragsstaatenkonferenz des
4919 Atomwaffenverbotsvertrages die Intention des Vertrages konstruktiv begleiten.

4920

4921 Wir wollen unser Engagement für biologische und chemische Sicherheit im Rahmen der
4922 Übereinkommen über das Verbot biologischer bzw. chemischer Waffen (BWÜ und CWÜ) stärken.
4923 Bewaffnete Drohnen wollen wir verstärkt in internationale Kontrollregime einbeziehen. Letale
4924 Autonome Waffensysteme, die vollständig der Verfügung des Menschen entzogen sind, lehnen wir ab.
4925 Deren internationale Ächtung treiben wir aktiv voran.

4926

4927 Wir wollen die friedliche Nutzung des Weltraums und des Cyber-Raums. Für waffentechnologische
4928 Entwicklungen bei Biotech, Hyperschall, Weltraum, Cyber und KI werden wir frühzeitig Initiativen zur
4929 Rüstungskontrolle ergreifen. Wir wollen dazu beitragen, Normen für verantwortliches
4930 Staatenverhalten im Cyberspace zu stärken. Wir unterstützen eine politische Erklärung gegen
4931 Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten.

4932
4933 Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik brauchen wir verbindlichere Regeln und wollen daher mit
4934 unseren europäischen Partnern eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung abstimmen. Wir
4935 setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein. Unser Ziel ist es, den gemeinsamen
4936 Standpunkt der EU mit seinen acht Kriterien sowie die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für
4937 den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, die Kleinwaffengrundsätze und die
4938 Ausweitung von Post-Shipment-Kontrollen in einem solchen Gesetz zu verankern. Nur im begründeten
4939 Einzelfall, der öffentlich nachvollziehbar dokumentiert werden muss, kann es Ausnahmen geben. Den
4940 Rüstungsexportkontrollbericht werden wir transparent gestalten. Wir erteilen keine
4941 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am
4942 Jemen-Krieg beteiligt sind.

4943

4944 ***Menschenrechte***

4945 Menschenrechtspolitik umfasst alle Aspekte staatlichen Handelns auf internationaler wie auch
4946 innenpolitischer Ebene. In einem globalen Umfeld, in dem auch von zentralen Akteuren die universelle
4947 Gültigkeit der Menschenrechte regelmäßig in Frage gestellt wird, wollen wir sie gemeinsam mit
4948 unseren Partnern verteidigen und für sie werben. Das Amt des/der Beauftragten der Bundesregierung
4949 für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe werden wir aufwerten und mit mehr Personal
4950 ausstatten. Wir werden nationale Menschenrechtsinstitutionen, wie u. a. das Deutsche Institut für
4951 Menschenrechte und die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter finanziell und personell besser
4952 ausstatten. Wir werden die Bekämpfung von Menschenhandel ressortübergreifend koordinieren, die
4953 Unterstützungssysteme für Betroffene verbessern und ihre Rechte stärken. Im Ausland aus politischen
4954 Gründen inhaftierten Deutschen werden wir auch weiterhin unbürokratisch helfen und hierfür einen
4955 Fonds einrichten.

4956

4957 Zivilgesellschaften – insbesondere Journalistinnen, Aktivisten, Wissenschaftlerinnen und andere
4958 Menschenrechtsverteidiger – sind unverzichtbar für den Aufbau und Erhalt funktionierender
4959 Gemeinwesen. Wir verpflichten uns, diese Menschen und ihre Arbeit in besonderer Weise zu stärken
4960 und zu schützen, auch bei grenzüberschreitender Verfolgung. In diesem Zusammenhang wollen wir die
4961 Aufnahme von hochgefährdeten Menschen vereinfachen und einen sicheren Antragsweg

4962 gewährleisten. Zusätzlich werden wir Förder- und Schutzprogramme, u. a. die Elisabeth-Selbert-
4963 Initiative, ausbauen und längerfristig gestalten. An geeigneten Auslandsvertretungen werden wir
4964 weitere Stellen für Menschenrechtsarbeit schaffen.

4965

4966 Wir unterstützen den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Den Europäischen
4967 Gerichtshof für Menschenrechte werden wir stärken und die Umsetzung seiner Urteile in allen
4968 Mitgliedsländern mit Nachdruck einfordern. Der EU-Sanktionsmechanismus muss konsequent genutzt
4969 und besser mit unseren internationalen Partnern abgestimmt werden. Wir setzen uns bei den
4970 Mitgliedern des Europarats verstärkt für Ratifizierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention ein.

4971

4972 Wir werden die Arbeit des VN-Menschenrechtsrats aktiv mitgestalten, das VN-Hochkommissariat für
4973 Menschenrechte stärken. Die Arbeit der VN-Vertragsorgane und Sonderberichterstatterinnen
4974 und -erstatte wollen wir stärken sowie die Ratifizierung weiterer Menschenrechtskonventionen
4975 anstreben. Das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der VN werden wir ratifizieren. Wir wollen die Rechte
4976 von Minderheiten auf internationaler Ebene und insbesondere innerhalb der EU stärken. Orientiert an
4977 den Yogyakarta-Prinzipien werden wir uns in den VN für eine Konvention für LSBTI-Rechte einsetzen.
4978 Wir wollen den Schutz der Menschenrechte im digitalen Zeitalter stärken und hierfür die
4979 Internetfreiheit und digitale Menschenrechte zu außenpolitischen Schwerpunkten machen. Die
4980 Initiative zum Recht auf Privatheit unterstützen wir. Wir setzen uns auf VN-Ebene für die
4981 Konkretisierung und Durchsetzung des Rechts auf saubere Umwelt ein.

4982

4983 Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen muss weltweit beendet werden. Deshalb engagieren
4984 wir uns für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes und der Ad-hoc-Tribunale der VN und
4985 werden uns für die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts einsetzen. Wir unterstützen die
4986 Einsetzung weiterer VN-geführter Fact-Finding-Missionen sowie die Arbeit von VN Untersuchungs- und
4987 Monitoring-Mechanismen, um zukünftige Strafprozesse zu ermöglichen. In Deutschland wollen wir die
4988 Kapazitäten bei Verfahren nach dem Völkerstrafgesetzbuch ausbauen.

4989

4990 Basierend auf den VN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte setzen wir uns für einen
4991 europäischen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte ein. Wir werden den nationalen
4992 Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte im Einklang mit dem Lieferkettengesetz überarbeiten.

4993

4994 **Humanitäre Hilfe**

4995 Deutschland wird den Aufwuchs der Mittel für humanitäre Hilfe bedarfsgerecht verstetigen und
4996 erhöhen, auch mit Blick auf die sogenannten „vergessenen Krisen“. Wir sind den Zielen des

4997 *Humanitarian Development Peace Nexus* und des *Grand Bargain* verpflichtet und werden an deren
4998 Umsetzung und fortwährender Weiterentwicklung engagiert und aktiv mitwirken. Wir werden dort
4999 jeden dritten Euro als flexible Mittel auszahlen und die Lokalisierung weiter ausbauen. Wir setzen uns
5000 für einen verbesserten Zugang für humanitäre Hilfe in Konfliktregionen und für einen verbesserten
5001 Schutz der Helferinnen und Helfer ein.

5002

5003 ***Zivile Krisenprävention und Friedensförderung***

5004 Die Leitlinien für Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung sind eine gute Basis für
5005 Deutschlands Engagement zur Krisenverhütung und Friedensförderung. Wir wollen Deutschlands Rolle
5006 bei der Entschärfung internationaler Krisen weiter ausbauen, dazu die Zusammenarbeit über
5007 Ressortgrenzen hinweg verbessern. Wir wollen Planziele definieren, um verlässlich und schnell
5008 Personal sowie finanzielle Mittel für zivile Krisenprävention bereitstellen zu können.

5009

5010 ***Verteidigung und Bundeswehr***

5011 Die Bundeswehr leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz und zur Verteidigung unseres Landes
5012 sowie unserer Partner und Verbündeten. Als Parlamentsarmee unterliegt sie der parlamentarischen
5013 Kontrolle. Neben den Auslandseinsätzen im Rahmen des Internationalen Krisen- und
5014 Konfliktmanagements, die auf dem Völkerrecht insbesondere der Beschlüsse der VN basieren, hat die
5015 Landes- und Bündnisverteidigung an Bedeutung gewonnen. Beide Aufgaben sind durch die
5016 Bundeswehr gleichermaßen zu erfüllen. Auftrag und Aufgabe der Bundeswehr müssen sich an den
5017 strategischen Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen unserer Zeit orientieren. Das
5018 Fähigkeitsprofil der Bundeswehr muss sich daraus ableiten. Die Bundeswehr muss entsprechend ihres
5019 Auftrages und ihrer Aufgaben bestmöglich personell, materiell sowie finanziell verlässlich ausgestattet
5020 werden.

5021

5022 Die Strukturen der Bundeswehr müssen effektiver und effizienter gestaltet werden mit dem Ziel die
5023 Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Dazu unterziehen wir Personal, Material und Finanzen einer kritischen
5024 Bestandsaufnahme. Der Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess der Bundeswehr wird
5025 angemessen parlamentarisch begleitet.

5026

5027 Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Internationalen Sicherheit.
5028 Wir verbessern ihre Ausrüstung wie auch die der Bundeswehr. Wir beschleunigen die Modernisierung
5029 der Infrastruktur. Wir richten die Schwerpunkte bei der Beschaffung der Bundeswehr strategisch aus
5030 und modernisieren das Beschaffungswesen und seine Strukturen. Dies betrifft auch

5031 Materialverantwortung und Nutzung. Besondere Bedeutung kommen bei der Beschaffung der
5032 Digitalisierung, der Führungsfähigkeit und der Interoperabilität zu.

5033

5034 Wir stärken die rüstungstechnische Zusammenarbeit in Europa insbesondere mit hochwertigen
5035 Kooperationsprojekten, berücksichtigen dabei die nationalen Schlüsseltechnologien und ermöglichen
5036 kleinen und mittelständischen Unternehmen auch am Wettbewerb teilzunehmen.
5037 Ersatzbeschaffungen und marktverfügbare Systeme sind bei der Beschaffung zu priorisieren, um
5038 Fähigkeitslücken zu vermeiden.

5039

5040 Wir werden zu Beginn der 20. Legislaturperiode ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado
5041 beschaffen. Den Beschaffungs- und Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe
5042 Deutschlands werden wir sachlich und gewissenhaft begleiten.

5043

5044 Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen.
5045 Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und
5046 sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in
5047 dieser Legislaturperiode ermöglichen. Bei ihrem Einsatz gelten die Regeln des Völkerrechts, extralegale
5048 Tötungen – auch durch Drohnen – lehnen wir ab.

5049

5050 Den neuen Bedrohungen im Cyberspace wollen wir durch eine ehrgeizige Cybersicherheitspolitik
5051 entgegentreten. Die Bundeswehr muss zudem in die Lage versetzt werden, im Verbund mit anderen
5052 Bundesbehörden im Cyber- und Informationsraum als Akteur erfolgreich zu bestehen. Die
5053 parlamentarische Kontrolle über den Einsatz von Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr muss
5054 gewährleistet sein.

5055

5056 Die Bundeswehr muss demografiefest und langfristig auch mit Blick auf die Altersstruktur
5057 ausbalanciert sein. Wir werden daher weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des
5058 Dienstes in der Bundeswehr einführen und dabei auch den Übergang der Soldaten auf Zeit in die
5059 Wehrverwaltung erleichtern sowie in die freie Wirtschaft verbessern. Die Innere Führung werden wir
5060 stärken. Maßnahmen der politischen Bildung werden wir zeitgemäß ausgestalten und ausbauen. Die
5061 umfassende Betreuung und Fürsorge von Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörigen wird
5062 weiter ausgebaut. Ausbildung und Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldatinnen und Soldaten
5063 vorbehalten. Wir unterstützen eine starke Reserve.

5064

5065 Alle Angehörigen der Bundeswehr müssen unzweifelhaft auf dem Boden der freiheitlich
5066 demokratischen Grundordnung stehen. Wir werden Dienst- und Arbeitsrecht anpassen, um
5067 Extremistinnen und Extremisten umgehend aus dem Dienst entlassen zu können.

5068

5069 Wir bekennen uns zu Deutschlands Rolle und Verantwortung für Frieden, Freiheit und Wohlstand in
5070 der Welt. Als verlässlicher Partner in Systemen kollektiver Sicherheit werden wir an unserem außen-
5071 und sicherheitspolitischen Engagement festhalten. Gleichwohl muss jedem Einsatz der Bundeswehr
5072 eine kritisch-inhaltliche Auseinandersetzung und eine Überprüfung der Voraussetzungen vorausgehen
5073 sowie die Erarbeitung möglicher Exit-Strategien. Der Einsatz militärischer Gewalt ist für uns äußerstes
5074 Mittel und muss stets in eine realistische politische Bearbeitung von Konflikten und ihrer Ursachen
5075 eingebunden sein. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger
5076 kollektiver Sicherheit, basierend auf Grundgesetz und Völkerrecht, einzubetten. Eine regelmäßige
5077 Evaluierung von laufenden Auslandseinsätzen werden wir sicherstellen.

5078

5079 Wir wollen die Evakuierungsmission des Afghanistan-Einsatzes in einem parlamentarischen
5080 Untersuchungsausschuss aufarbeiten. Zudem wollen wir den Gesamteinsatz in einer Enquete-
5081 Kommission mit wissenschaftlicher Expertise evaluieren. Die gewonnenen Erkenntnisse müssen
5082 praxisnah und zukunftsgerichtet aufbereitet werden, so dass sie in die Gestaltung zukünftiger
5083 deutscher Auslandseinsätze einfließen.

5084

5085 ***Entwicklungszusammenarbeit***

5086 Wir richten unser Handeln an der Agenda 2030 der VN mit ihren Nachhaltigkeitszielen (SDG) und einer
5087 werteorientierten Entwicklungspolitik aus. Wir setzen uns weltweit für nachhaltige Entwicklung, den
5088 Kampf gegen Hunger und Armut, Klimagerechtigkeit, Biodiversität und für eine sozial-ökologische
5089 Wende ein. Unser multilaterales Engagement verstärken wir deutlich. Wir wollen sicherstellen, dass
5090 Deutschland seine internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und
5091 Internationalen Klimafinanzierung erfüllt. Wir werden eine ODA-Quote von mindestens 0,7 Prozent
5092 des Bruttonationaleinkommens (BNE) einhalten. In diesem Rahmen setzen wir 0,2 Prozent des BNE für
5093 die ärmsten Länder des Globalen Südens (LDC) ein. Zusätzlich sollen die Mittel für die internationale
5094 Klimafinanzierung weiter aufwachsen. Die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und
5095 Entwicklungszusammenarbeit sollen wie bisher im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für
5096 Verteidigung steigen auf Grundlage des Haushaltes 2021. Wir werden die ODA-Mittel auf
5097 Bundesebene unter den zuständigen Ressorts stärker koordinieren, um sie wirkungsvoller nutzen zu
5098 können.

5099

5100 Ernährungssicherheit und den Zugang zu sauberem Trinkwasser fördern wir mit nachhaltigen
5101 agrarökologischen Ansätzen sowie Wissens- und Technologietransfer gerade im Bereich
5102 kleinbäuerlicher Agrarwirtschaft. Deutsche und europäische Agrarexporte sollen nicht Märkte in den
5103 Partnerländern zerstören und mutwilliger Verzerrung des Nahrungsmittelmarktes durch
5104 Finanzmarktspekulation wollen wir aktiv begegnen. Wir werden von den rechtlichen Möglichkeiten
5105 Gebrauch machen, den Export von bestimmten Pestiziden zu untersagen, die in der EU aus Gründen
5106 des Schutzes der menschlichen Gesundheit nicht zugelassen sind.

5107

5108 Gemeinsam mit Gewerkschaften, Unternehmen und Zivilgesellschaft setzen wir uns für faire und
5109 formelle Arbeitsbedingungen sowie existenzsichernde Löhne weltweit ein. Durch den Aufbau sozialer
5110 Sicherungssysteme wollen wir unsere Partnerländer aktiv im Kampf gegen Armut unterstützen. Wir
5111 wollen hierfür auch ein internationales Finanzierungsinstrument (*Global Fund for Social Protection*) für
5112 diejenigen Länder, die keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung haben, unterstützen.

5113

5114 Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften fördern wir beidseitigen Wissens- und
5115 Technologietransfer, den Ausbau Erneuerbarer Energien mit eigenständiger Wertschöpfung und
5116 lokalen Nutzungsmöglichkeiten, nachhaltige Infrastruktur und weitere Klimaschutz- und
5117 Anpassungsmaßnahmen in unseren Partnerländern. Dazu gehören auch Maßnahmen zum Erhalt der
5118 Biodiversität, zur Stärkung der Klimaresilienz, zur Überwindung von Energiearmut und am
5119 Verursacherprinzip orientierte Klimarisikoversicherungen.

5120

5121 Zur Erreichung der Klimaziele werden wir mehr in den Schutz bestehender Wälder und Moore und
5122 nachhaltige Aufforstungen investieren. Wir verstärken hierzu insbesondere unsere Ansätze zur
5123 Förderung der privatwirtschaftlichen und kleinbäuerlichen nachhaltigen Forstwirtschaft. Wir werden
5124 die Partnerländer bei ihrer stark ansteigenden Urbanisierung dabei unterstützen, diesen Prozess
5125 ressourcenschonend und klimasensibel zu gestalten und zu administrieren. Wir stärken die globale
5126 Gesundheitsarchitektur im Rahmen des *One Health*-Ansatzes. Die Weltgesundheitsorganisation
5127 (WHO) soll reformiert und gestärkt werden. Wir werden die Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung
5128 (WASH) ausbauen, die globale Impfallianz ausreichend ausstatten und die Bekämpfung von
5129 armutsassoziierten und vernachlässigten Tropenkrankheiten intensivieren.

5130

5131 Wir unterstützen die globale COVID-19-Impfkampagne COVAX und stärken sie finanziell sowie durch
5132 schnelle Lieferung von Impfstoffen. Wir unterstützen freiwillige Produktionspartnerschaften und den
5133 Transfer von Know-how, um die Produktionskapazitäten für Medikamente und Impfstoffe weltweit

5134 auszubauen. In diesem Sinne bringen wir uns konstruktiv in die internationalen Debatten um eine
5135 gerechte Impfstoffversorgung ein.

5136

5137 Wir stärken unser Engagement insbesondere für Grundbildung, duale Ausbildung sowie Fort- und
5138 Weiterbildungsangebote sowie die entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Zivilgesellschaft im
5139 Inland. Wir wollen durch digitale Technologien einen chancengleichen und freien Zugang zu
5140 Informationen und Teilhabe ermöglichen und diese insbesondere in den Bereichen Bildung,
5141 Gesundheit und Klima- sowie Ressourcenschutz einsetzen. Mit dem Ziel des gegenseitigen Lernens
5142 fördern wir den Austausch und Kooperationen zwischen innovativen Akteuren wie Start-ups in
5143 Industrie- und Entwicklungsländern.

5144

5145 Wir stärken die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen, Mädchen und marginalisierter
5146 Gruppen wie LSBTI. Die gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe, die Stärkung
5147 sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte von Frauen und Mädchen sowie der
5148 uneingeschränkte Zugang zu gleichwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung sind für uns zentral.
5149 Wir werden einen umfassenden Gender-Aktionsplan unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeiten
5150 und ihn finanziell unterlegen.

5151

5152 Wir stärken unsere Förderung der Zivilgesellschaft und die wichtige Rolle von Gewerkschaften,
5153 politischen und privaten Stiftungen und Kirchen, insbesondere in fragilen Kontexten. Die wichtige
5154 Arbeit der politischen Stiftungen mit Mitteln des BMZ soll auch künftig gesichert und verstärkt werden,
5155 insbesondere auch in den bisherigen Projektländern. Finanzielle Unterstützungsleistungen für
5156 regierungsnahe Akteure orientieren wir an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, der
5157 Erweiterung von Freiräumen für zivilgesellschaftliche Akteure und Presse und der Bekämpfung von
5158 Korruption. Den Europäischen Demokratiefonds werden wir verstärkt unterstützen.

5159

5160 Unser Ziel ist ein neuer internationaler Schuldenmanagementkonsens. Wir unterstützen eine Initiative
5161 für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das alle Gläubiger miteinbezieht und
5162 Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umsetzt. Um die Eigeneinnahmen
5163 der Partnerländer zu erhöhen und Steuerflucht zu bekämpfen, werden wir rechtmäßige, effektive und
5164 transparente Steuersysteme fordern und fördern, die auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eliten
5165 einbeziehen.

5166

5167 Wir streben an, die Vergabe- und Förderrichtlinien des BMZ und des AA zu vereinfachen. Wir werden
5168 das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) und das Deutsche Institut

5169 für Entwicklungspolitik (DIE) als unabhängige Instanzen stärken. Wir werden die ressortübergreifende
5170 Evaluierung der Verwendung der ODA-Mittel stärken. Wir überprüfen die Haushaltsstruktur zu den
5171 Sonderinitiativen, BMZ 2030 und die Länderliste.

5172

5173 ***Bilaterale und regionale Beziehungen***

5174 Die **transatlantische Partnerschaft** und die Freundschaft mit den USA sind ein zentraler Pfeiler unseres
5175 internationalen Handelns. Wir treten für eine Erneuerung und Dynamisierung der transatlantischen
5176 Beziehungen mit den USA und Kanada ein, die wir europäisch ausgestalten wollen. Gemeinsam wollen
5177 wir die regelbasierte internationale Ordnung stabilisieren, autoritären Entwicklungen begegnen und in
5178 der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU verstärkt zusammenarbeiten.

5179

5180 Wir streben eine ambitionierte Klima- und Energiepartnerschaft und eine enge Zusammenarbeit bei
5181 Menschenrechten, globaler Gesundheitspolitik, Handel, Konnektivität, internationalen Standards,
5182 Abrüstung sowie geo- und sicherheitspolitischen Fragen an. Wir suchen den intensiven
5183 transatlantischen Dialog zu Datensouveränität, Netzfreiheit und künstlicher Intelligenz. Wir wollen die
5184 Beziehungen mit dem Kongress, mit Bundesstaaten, Städten, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und
5185 der Wissenschaft sowie den Jugendaustausch fördern und in die ganze Breite des Landes und der
5186 Gesellschaft bringen.

5187

5188 Das **Vereinigte Königreich** ist für Deutschland einer der engsten Partner außerhalb der EU. Eine
5189 weiterhin enge Partnerschaft Großbritanniens mit der EU ermöglicht auch die Umsetzung einer
5190 anspruchsvollen Agenda. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik wollen wir die Zusammenarbeit.

5191

5192 Wir arbeiten gemeinsam mit der EU und ihren Mitgliedstaaten an der Fortentwicklung der **Östlichen**
5193 **Partnerschaft**. Staaten wie die Ukraine, Moldau und Georgien, die einen EU-Beitritt anstreben, sollen
5194 sich durch konsequente rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Reformen annähern können. Wir
5195 werden entschlossen und verlässlich auf demokratische Umbrüche reagieren und den
5196 Demokratiebewegungen ein Partner sein. Wir wollen durch zielgerichtete Visaerleichterungen den
5197 zivilgesellschaftlichen Austausch vereinfachen.

5198

5199 Wir werden die **Ukraine** weiter bei der Wiederherstellung voller territorialer Integrität und
5200 Souveränität unterstützen. Wir streben eine Vertiefung der Energiepartnerschaft mit der Ukraine an,
5201 mit starken Ambitionen in den Bereichen Erneuerbare Energie, Produktion von Grünem Wasserstoff,
5202 Energieeffizienz und CO₂-Reduktion.

5203

5204 Wir stehen an der Seite der Menschen in **Belarus** und unterstützen ihren Wunsch nach Neuwahlen,
5205 Demokratie, Freiheit sowie Rechtsstaatlichkeit und fordern die bedingungslose Freilassung aller
5206 politischen Gefangenen. Die russische Einmischung zugunsten Lukaschenkos ist inakzeptabel. Die
5207 demokratische Opposition in Belarus werden wir durch weitere Angebote unterstützen. Sollte sich
5208 Lukaschenko nicht zu einem Kurswechsel entschließen streben wir eine Erweiterung der bestehenden
5209 EU-Sanktionen an, um dem Regime den Zugang zu Finanzmitteln zu erschweren.

5210

5211 Die deutsch-russischen Beziehungen sind tief und vielfältig. **Russland** ist zudem ein wichtiger
5212 internationaler Akteur. Wir wissen um die Bedeutung von substantiellen und stabilen Beziehungen
5213 und streben diese weiterhin an. Wir sind zu einem konstruktiven Dialog bereit. Die Interessen beider
5214 Seiten adressieren wir auf der Grundlage der Prinzipien des Völkerrechts, der Menschenrechte und
5215 der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland bekannt hat. Wir achten die
5216 Interessen unserer europäischen Nachbarn, insbesondere unserer Partner in Mittel- und Osteuropa.
5217 Unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen werden wir Rechnung tragen und den Fokus auf eine
5218 gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legen.

5219

5220 Wir fordern ein unverzügliches Ende der Destabilisierungsversuche gegen die Ukraine, der Gewalt in
5221 der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim. Der Weg zu einer friedlichen Lösung
5222 des Konflikts in der Ostukraine und die Aufhebung der diesbezüglichen Sanktionen hängt von der
5223 vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ab. Wir treten für die Lösung eingefrorener
5224 Konflikte in der Region ein.

5225

5226 Wir wollen mit Russland stärker zu Zukunftsthemen (z. B. Wasserstoff, Gesundheit) und bei der
5227 Bewältigung globaler Herausforderungen (z. B. Klima, Umwelt) zusammenarbeiten.

5228

5229 Wir kritisieren die umfassende Einschränkung bürgerlicher und demokratischer Freiheiten mit
5230 Nachdruck und erwarten von der russischen Regierung, dass sie der dortigen Zivilgesellschaft die
5231 Gelegenheit zum ungehinderten Kontakt mit deutschen Partnern gibt, und verstärken unser
5232 Engagement zu ihrer Unterstützung. Wir wollen die Möglichkeit des visafreien Reiseverkehrs aus
5233 Russland nach Deutschland für besonders wichtige Zielgruppen, zum Beispiel junge Menschen unter
5234 25, schaffen.

5235

5236 Die **Türkei** bleibt für uns trotz besorgniserregender innenpolitischer Entwicklungen und
5237 außenpolitischer Spannungen ein wichtiger Nachbar der EU und Partner in der NATO. Die große Anzahl

5238 von Menschen mit biografischen Wurzeln in der Türkei schafft eine besondere Nähe zwischen unseren
5239 Ländern und ist selbstverständlich Teil der deutschen Gesellschaft.

5240

5241 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschen-, Frauen und Minderheitenrechte in der Türkei sind
5242 massiv abgebaut worden. Wir werden deswegen bei den Beitrittsverhandlungen keine Kapitel
5243 schließen und keine neuen öffnen. Wir werden die EU-Türkei-Dialogagenda mit Leben füllen und den
5244 Austausch mit der Zivilgesellschaft und Jugendaustauschprogramme ausbauen.

5245

5246 Die Sicherheit **Israels** ist für uns Staatsräson. Wir werden uns weiter für eine verhandelte
5247 Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 einsetzen. Die anhaltende Bedrohung des
5248 Staates Israel und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir. Wir begrüßen die begonnene
5249 Normalisierung von Beziehungen zwischen weiteren arabischen Staaten und Israel. Wir machen uns
5250 stark gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN.

5251

5252 Einseitige Schritte erschweren die Friedensbemühungen und müssen unterbleiben. Von der
5253 palästinensischen Seite erwarten wir Fortschritte bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
5254 Menschenrechten. Dies gilt ebenso für den Verzicht auf jede Form von Gewalt gegen Israel. Wir
5255 fordern den Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus.

5256

5257 Den Aufbau eines deutsch-israelischen Jugendwerks wollen wir in die Wege leiten. Wir werden das
5258 VN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) weiter finanziell unterstützen und dabei einen
5259 unabhängigen Monitoringprozess unterstützen, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

5260

5261 Frieden und Stabilität im **Nahen und Mittleren Osten** sind Teil unserer zentralen Interessen. Wir
5262 wollen die Potenziale der Zusammenarbeit Deutschlands und der EU mit der Region und der Staaten
5263 der Region untereinander ausschöpfen. Wir unterstützen Bemühungen in der Region, die mehr
5264 politische und ökonomische Teilhabe der Bevölkerung, v.a. von Frauen und jungen Menschen,
5265 ermöglichen. Wir fördern weiterhin demokratische Transformationsprozesse in der südlichen
5266 Nachbarschaft Europas. Zudem sollen durch Klimapartnerschaften mit ausgewählten Partnern
5267 technologische Innovationen in der Region vorangetrieben werden.

5268

5269 Wir setzen uns für einen zügigen Abschluss der Nuklearverhandlungen mit Iran (JCPOA) ein und
5270 erwarten die Umsetzung des Abkommens durch alle Signatarstaaten. Iran muss zur vollständigen und
5271 dauerhaften Einhaltung seiner Verpflichtungen gegenüber der Internationalen Atomenergie-
5272 Organisation (IAEO) zurückkehren. Wir erwarten von der iranischen Regierung eine deutliche

5273 Verbesserung der prekären Menschenrechtslage und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die
5274 Bedrohung des Staates Israel, das Raketenprogramm, die aggressive Regionalpolitik und Aufrüstung
5275 sowie die Unterstützung terroristischer Aktivitäten gefährden Frieden und Sicherheit massiv.
5276 Gemeinsam mit unseren Partnern in der Golfregion wollen wir vertrauensbildende Maßnahmen
5277 fördern und die begonnenen Annäherungsprozesse unterstützen.

5278

5279 Wir arbeiten daran, die humanitären Katastrophen in Syrien und Jemen einzudämmen, und setzen
5280 unsere humanitäre Hilfe auf hohem Niveau fort. Wir unterstützen aktiv die VN-geführten
5281 Friedensprozesse dieser Konflikte. Dazu gehören auch die Dokumentation, Aufarbeitung und
5282 Verfolgung von Kriegsverbrechen.

5283

5284 Wir setzen uns im Rahmen der laufenden VN-Bemühungen und des Berliner Prozesses für die
5285 Stabilisierung Libyens ein. Wir wollen unseren Beitrag leisten zur Stabilisierung des Iraks.

5286

5287 Deutschland wird sein Engagement für die Menschen in **Afghanistan** fortsetzen. Die Anerkennung der
5288 Regierung knüpfen wir an ihre Inklusivität und an die Bewahrung der Menschenrechte. Insbesondere
5289 werden wir uns für Frauen- und Mädchenrechte sowie für den Schutz und die Aufnahme derer
5290 einsetzen, die durch eine frühere Zusammenarbeit mit uns gefährdet sind. Wir werden zur Verhütung
5291 einer humanitären Katastrophe die VN-Durchführungsorganisationen finanziell und personell
5292 unterstützen.

5293

5294 Die afrikanischen Staaten und Europa sind historisch eng miteinander verbunden. Für die Zukunft
5295 streben wir mit **Afrika** eine enge Partnerschaft auf allen Ebenen an, bilateral und im Rahmen einer
5296 kohärenten EU-Afrika-Strategie. Die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union sowie den
5297 afrikanischen Regionalorganisationen bauen wir aus. Frieden, Sicherheit, Wohlstand, nachhaltige
5298 Entwicklung, Gesundheit, der Einsatz gegen die Folgen der Klimakrise und die Stärkung von
5299 Multilateralismus sind Schwerpunkte unserer Zusammenarbeit. Wir kooperieren zur Förderung von
5300 EU-Afrika-Konnektivität, vor allem bei Digitalisierung, Energie und Infrastruktur, und bauen die
5301 Wissenschaftskooperation aus. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Afrikanische Freihandelszone
5302 zum Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungsketten beiträgt. Afrikas Stärkung im regionalen und globalen
5303 Wirtschaftsaustausch unterstützen wir. Wir leisten insbesondere dort Unterstützung, wo eine
5304 Reformagenda für Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verfolgt wird. Dazu werden
5305 wir uns weiterhin im Rahmen des *G20 Compact with Africa* engagieren. Wir werden uns weiterhin in
5306 der **Sahelregion** engagieren, um eine Ausbreitung der Instabilität zu verhindern. Unsere
5307 Unterstützungsleistungen im Bereich der zivilen Stabilisierungsmaßnahmen im Rahmen der

5308 *Partnerschaft für Sicherheit und Stabilität* als Teil der *Koalition für den Sahel* werden wir verstetigen
5309 und entsprechend neuen Bedarfen und orientiert an der politischen Verfasstheit der einzelnen Staaten
5310 anpassen. Von der malischen Übergangsregierung erwarten wir die Einhaltung des vereinbarten
5311 Übergangsfahrplans.

5312

5313 Wir wollen und müssen unsere Beziehungen mit **China** in den Dimensionen Partnerschaft,
5314 Wettbewerb und Systemrivalität gestalten. Auf der Grundlage der Menschenrechte und des geltenden
5315 internationalen Rechts suchen wir die Kooperation mit China, wo immer möglich. Wir wollen im
5316 zunehmenden Wettbewerb mit China faire Spielregeln. Um in der systemischen Rivalität mit China
5317 unsere Werte und Interessen verwirklichen zu können, brauchen wir eine umfassende China-Strategie
5318 in Deutschland im Rahmen der gemeinsamen EU-China Politik. Wir wollen die
5319 Regierungskonsultationen fortsetzen und stärker europäisch ausgestalten.

5320

5321 Wir streben eine enge transatlantische Abstimmung in der China-Politik an und suchen die
5322 Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern um strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. Unsere
5323 Erwartung an die chinesische Außenpolitik ist, dass sie eine verantwortungsvolle Rolle für Frieden und
5324 Stabilität in ihrer Nachbarschaft spielt. Wir setzen uns dafür ein, dass territoriale Streitigkeiten im süd-
5325 und ostchinesischen Meer auf Basis des internationalen Seerechts beigelegt werden. Eine
5326 Veränderung des Status Quo in der Straße von Taiwan darf nur friedlich und im gegenseitigen
5327 Einvernehmen erfolgen. Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene
5328 Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Wir thematisieren klar
5329 Chinas Menschenrechtsverletzungen, besonders in Xinjiang. Dem Prinzip „Ein Land – zwei Systeme“ in
5330 Hong Kong muss wieder Geltung verschafft werden.

5331

5332 Aufbauend auf den **Indo-Pazifik**-Strategien Deutschlands und der EU setzen wir uns für eine freie und
5333 offene indo-pazifische Region auf der Grundlage globaler Normen und des Völkerrechts ein.
5334 Insbesondere in den Bereichen Stärkung des Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie,
5335 Klimaschutz, Handel und bei Digitalisierung wollen wir Fortschritte in der Kooperation erreichen. Wir
5336 wollen gemeinsam einen intensiven Dialog zu Frieden und Sicherheit im indo-pazifischen Raum
5337 befördern. Die EU-ASEAN Partnerschaft wollen wir vorantreiben. Wir wollen die Asien-Pazifik-
5338 Konferenz der deutschen Wirtschaft politisch aufwerten. Wir wollen den Ausbau unserer Beziehungen,
5339 inklusive auf parlamentarischer Ebene, mit wichtigen Wertepartnern wie Australien, Japan,
5340 Neuseeland und Südkorea vorantreiben. Mit Japan wollen wir regelmäßige Regierungskonsultationen
5341 beginnen. Wir haben ein herausragendes Interesse an der Vertiefung unserer strategischen
5342 Partnerschaft mit Indien durch die Umsetzung der Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft und

5343 der EU-Indien Konnektivitätspartnerschaft. Vor allem diejenigen, die vom steigenden Meeresspiegel
5344 betroffen sind und sein werden, verdienen unsere verstärkte Unterstützung. Wir wollen uns aktiv für
5345 eine Infrastrukturentwicklung nach qualitativ hohen internationalen Standards einsetzen. Die *Global*
5346 *Gateways*-Initiative der EU ist dabei ein wichtiges Instrument.

5347

5348 Wir wollen unsere Wertegemeinschaft mit den Demokratien der Region **Lateinamerika und Karibik**
5349 stärken. Aufbauend auf der Lateinamerika- und Karibik-Initiative wird Deutschland sein Engagement
5350 ausweiten, um die Gesellschaften der Region in ihrem Kampf gegen Populismus, autoritäre
5351 Bewegungen und Diktaturen zu stärken. Aussöhnungs- und Friedensprozesse innerhalb der Staaten
5352 des Kontinents verdienen unsere Unterstützung. Wir sehen die Staaten der Region als zentrale Partner
5353 für multilaterale Zusammenarbeit, unter anderem bei der Bewahrung der Biodiversität, der
5354 Bekämpfung der Klimakrise und nachhaltigen Wirtschaftsbeziehungen.

5355

5356

5357 **VIII. Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen**

5358

5359 Die 2020er Jahre wollen wir zu einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, insbesondere in
5360 Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur, machen. Wir verfolgen
5361 dazu eine Politik, die die Investitionen – privat, wie öffentlich – deutlich erhöht.

5362

5363 Die haushaltspolitische Ausgangslage des Bundes für die 20. Wahlperiode ist jedoch äußerst
5364 anspruchsvoll. Die Corona-Pandemie wirkt in ihren Folgen weiterhin nach und erfordert seit 2020 eine
5365 Schuldenaufnahme in einem historischen Ausmaß, auch um den sozialen Zusammenhalt in unserem
5366 Land nicht zu gefährden.

5367

5368 Auch im Jahr 2022 werden fortwirkende Pandemiefolgen zu bewältigen sein, die weiterhin eine
5369 außergewöhnliche Notsituation im Sinne der Schuldenregel begründen. Die zusätzlichen
5370 Möglichkeiten werden wir insbesondere für die Überwindung der Coronakrise und Maßnahmen für
5371 eine schnelle wirtschaftliche Erholung nutzen. Ab 2023 werden wir dann die Verschuldung auf den
5372 verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse vorgegebenen Spielraum beschränken und die
5373 Vorgaben der Schuldenbremse einhalten.

5374

5375 Zugleich werden in nie dagewesenem Umfang zusätzliche Mittel eingesetzt werden müssen, um die
5376 zur Erreichung des 1,5-Grad-Klimazieles und zur Transformation der Wirtschaft erforderlichen

5933 **Arbeit in der Bundesregierung**

5934 Im Kabinett werden Entscheidungen einvernehmlich getroffen, kein Koalitionspartner wird
5935 überstimmt.

5936

5937 In allen vom Kabinett beschickten Gremien, Beiräten und Ausschüssen sind die Koalitionsfraktionen
5938 nach ihren Kräfteverhältnissen vertreten. Die Besetzung erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen.
5939 Grundsätzlich sind alle Koalitionspartner vertreten, sofern es die Anzahl der Vertreterinnen bzw.
5940 Vertreter des Bundes zulässt.

5941

5942 Zur ressortübergreifenden Koordinierung besonderer Ziele des Koalitionsvertrages können
5943 Kabinettsausschüsse gebildet werden, deren Aufgaben und Mitglieder einvernehmlich zwischen den
5944 Koalitionspartnern festgelegt werden.

5945

5946 Ressort- und Kollegialitätsprinzip bleiben weiterhin grundlegend für das Regierungshandeln.

5947

5948 Die Koalitionspartner werden in der Bundesregierung eine gemeinsame Arbeits- und
5949 Umsetzungsplanung der Vorhaben dieses Vertrages erarbeiten und fortlaufend aktualisieren. Die
5950 Bundesregierung wird die Umsetzung der Vereinbarung laufend dokumentieren.

5951

5952 Die Koalitionspartner vereinbaren, die Geschäftsordnung der Bundesregierung zu modernisieren und
5953 den veränderten nationalen wie internationalen Gepflogenheiten mit Blick auf die Effizienz des
5954 Regierungshandelns anzupassen.

5955

5956 Die Koalitionspartner treffen in der Bundesregierung Personalentscheidungen einvernehmlich. Dies
5957 gilt auch für Personalvorschläge der Bundesregierung bei internationalen Organisationen und bei EU-
5958 Institutionen. Bei übergeordneten Personalfragen streben die Koalitionspartner eine insgesamt
5959 ausgewogene Lösung an, die allen drei Partnern gerecht wird und eine faire Verteilung abbildet. Für
5960 Personalfragen in den obersten Bundesbehörden selbst und nachgeordneten Behörden sowie
5961 mittelbaren und unmittelbaren Bundesbeteiligungen gilt das Ressortprinzip, soweit nichts anderes
5962 vereinbart ist.

5963

5964 **Pandemiebekämpfung**

5965 Wir werden das Krisenmanagement der Bundesregierung zu Bekämpfung der Corona-Pandemie neu
5966 ordnen. Hierzu setzen wir unverzüglich einen gemeinsamen Krisenstab der Bundesregierung ein, um
5967 die gesamtstaatliche Bekämpfung der Corona-Pandemie besser zu koordinieren.

5968

5969 Zur wissenschaftlichen Beratung wird ein interdisziplinär besetzter wissenschaftlicher Pandemierat
5970 beim Bundesministerium für Gesundheit geschaffen.

5971

5972 **Europapolitische Koordinierung**

5973 Um eine bestmögliche Vertretung deutscher Interessen auf europäischer Ebene zu erreichen, wird die
5974 Bundesregierung ein geschlossenes Auftreten gegenüber den europäischen Partnern und Institutionen
5975 sicherstellen. Dazu werden sich die Koalitionspartner innerhalb der Bundesregierung eng abstimmen
5976 und zu regelmäßigen europapolitischen Koordinierungen zusammenfinden. Die
5977 Abstimmungsverantwortung wird durch die Bundesministerinnen und Bundesminister im Rahmen
5978 ihrer Fach- und Koordinierungszuständigkeiten und im engen Zusammenwirken mit dem
5979 Bundeskanzler wahrgenommen.

5980

5981 Die Koalitionspartner treten bei der Europawahl gemäß der Zugehörigkeit zu ihren jeweiligen
5982 europäischen Parteienfamilien sowie in den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen in einem
5983 fairen Wettbewerb gegeneinander an.

5984

5985 **Ressortverteilung**

5986 Die Ressortverteilung der Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und Freien Demokraten
5987 wird wie folgt festgelegt:

5988

5989 Die SPD stellt den Bundeskanzler.

5990

5991 Bündnis 90 / Die Grünen stellen die Stellvertreterin oder den Stellvertreter des Bundeskanzlers gemäß
5992 Artikel 69 GG.

5993

5994 Die SPD stellt die Leitung folgender Ministerien:

5995 • Innen und Heimat

5996 • Arbeit und Soziales

5997 • Verteidigung

5998 • Gesundheit

5999 • Bauen

6000 • Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

6001

6002 Der Chef des Bundeskanzleramtes im Range eines Bundesministers wird von der SPD gestellt.

- 6003
- 6004 Bündnis 90 / Die Grünen stellen die Leitung folgender Ministerien:
- 6005 • Auswärtiges Amt
- 6006 • Wirtschaft und Klimaschutz
- 6007 • Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 6008 • Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- 6009 • Ernährung und Landwirtschaft
- 6010
- 6011 Das Vorschlagsrecht für die Europäische Kommissarin oder den Europäischen Kommissar liegt bei
- 6012 Bündnis 90 / Die Grünen, sofern die Kommissionspräsidentin nicht aus Deutschland stammt.
- 6013
- 6014 Die FDP stellt die Leitung folgender Ministerien:
- 6015 • Finanzen (zugleich § 22 GO BReg)
- 6016 • Justiz
- 6017 • Verkehr und Digitales
- 6018 • Bildung und Forschung
- 6019
- 6020 Staatsministerinnen und Staatsminister im Kanzleramt: Die Staatsministerin bzw. den Staatsminister
- 6021 im Kanzleramt, die Staatsministerin bzw. den Staatsminister für Migration, Flüchtlinge und Integration
- 6022 sowie die Staatsministerin bzw. den Staatsminister für die neuen Bundesländer stellt die SPD. Die
- 6023 Staatsministerin für Kultur und Medien stellt Bündnis 90 / Die Grünen.
- 6024
- 6025 Die Staatsministerinnen bzw. Staatsminister im Auswärtigen Amt stellt Bündnis 90 / Die Grünen.
- 6026
- 6027 Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den entsprechenden Koalitionspartnern.
- 6028
- 6029 Das Vorschlagsrecht für Parlamentarische und beamtete Staatssekretärinnen und Staatssekretäre liegt
- 6030 bei den jeweiligen Bundesministerinnen und Bundesministern.